IHKLW Politiknews

18. AUSGABE **SOMMER 2025**

Positionen
DIHK-Stellungnahme zum Omnibus-Paket I
SEITE — **03**

Nachgefragt
zur kommunalen Verpackungssteuer
SEITE — **04**

IHKLW-Resolution
„Gute Politik“ formuliert Ziele und Erwartungen
SEITE — **07**

VOM WIRTSCHAFTSMINISTER ZUM MINISTERPRÄSIDENTEN – NEUE HOFFNUNG FÜR DIE WIRTSCHAFT

Olaf Lies muss Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens zur Chef-Sache machen

Niedersachsen hat einen neuen Ministerpräsidenten. Mit Olaf Lies wurde der langjährige Wirtschaftsminister zum neuen Regierungschef gewählt. Die Themen und Akteure der niedersächsischen Wirtschaft kennt Lies sehr genau – die Wirtschaft hofft, dass er diesen im neuen Amt entsprechende Priorität verleiht. Gemeinsam mit dem neuen Wirtschaftsminister Tonne muss es darum gehen, Niedersachsens Potentiale auszuschöpfen, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und der Unternehmen zu verbessern.

Los geht es mit der chronischen Unterfinanzierung der Infrastruktur, insbesondere der Landesstraßen. Neben vielfach bereits aufgeschobenen Sanierungen findet aufgrund der Brückensanierungen kaum noch Aus- und Neubau statt – das Land stellt dafür schlichtweg zu wenig Mittel bereit, eine Weiterentwicklung der landeseigenen Infrastruktur bleibt so aus. Dabei böte das neue Sondervermögen „Infrastruktur“ das Potential, jetzt Projekte anzuschieben, die bislang kaum eine Realisierungschance hatten. Die Wirtschaft vor Ort erwartet von Lies und Tonne vor allem weitere Unterstützung für die A 39 und für eine deutliche Kapazitätserweiterung auf der Schiene zwischen Hamburg und Hannover.

Ein weiteres Top-Thema: Der Bürokratieabbau. Olaf Lies sollte sich dafür einsetzen, dass die Clearingstelle in Zukunft in allen Ressorts, und nicht nur im MW, proaktiv nach überflüssiger Bürokratie suchen kann und darf. Die Integration der EU-Förderung in die Staatskanzlei kann einen entscheidenden Impuls geben, niedersächsisches „Gold Plating“ bei EU-Regularien abzubauen und in Zukunft zu verhindern. In der Digitalisierungspolitik hat die aktuelle Landesregierung seit 2022 vor allem frühere Programme fortgeführt und bestehende Mittel verausgabt, dabei aber kaum eigene inhaltliche oder finanzielle Impulse gesetzt.

Dazu kommen die Themen der Fachkräftegewinnung und -integration sowie die große Frage der Transformation der Wirtschaft. Wie kann es Niedersachsen gelingen, das hohe Angebot erneuerbarer Energie aus Biogas, Geothermie, Sonne und Wind in einen wirtschaftlichen Vorteil zu verwandeln?

Bis zur nächsten Landtagswahl 2027 bleibt also noch viel zu tun!

EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Armin Maus ist Vorsitzender des Regionalpolitischen Ausschusses und IHKLW-Vizepräsident

wir leben in hochpolitischen Zeiten. In Berlin hat die neue Bundesregierung mit der Arbeit begonnen, in Hannover wurde mit Olaf Lies der vorherige Wirtschaftsminister zum Ministerpräsidenten gewählt. Es ist jetzt an der Zeit, durch mutiges und entschlossenes Handeln, den Standort Deutschland wieder nach vorne zu bringen. Als Wirtschaft formulieren wir dafür Ziele und Erwartungen, zuletzt mit unserer aktuellen IHKLW-Resolution „Gute Politik". Die darin enthaltenen Forderungen und Aspekte können einen Leitfaden für gute Regierungsführung und wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln bieten.

Deutschland muss sich umfassend modernisieren und dabei zugleich innovativer, schneller und einfacher werden. Die EU hat sich mit ihren Änderungsvorschlägen („Omnibus-I") zum Green Deal bereits auf den Weg gemacht. Ob's reicht – wir werden sehen.

Und während wir uns als IHKLW für mehr Entwicklung im neuen Landesraumordnungsprogramm einsetzen, kämpfen wir vor Ort gegen „kommunale Verpackungssteuern": Ein nächstes Bürokratiemonster mit zweifelhaften Effekten!

Doch was können wir tun, um die Themen der Wirtschaft anzugehen? Antworten geben wir mit unserer Umfrage zu einem landesweiten Azubi-Ticket und mit unseren Ideen zur Investitionsförderung. Davon profitiert auch der Tourismus, eine besonders wichtige Branche in unserem IHKLW-Bezirk. Die neuesten Branchenzahlen finden Sie in unserer Saison-Umfrage „Tourismus" und unserer Sonderauswertung der IHKLW-Standortumfrage.

Bundes- und Landesregierung müssen nun liefern, wir werden sie dabei unterstützen.

„Deutschland muss sich nun umfassend modernisieren und dabei zugleich innovativer, schneller und einfacher werden."

IHKLW-Podcast Moin Wirtschaft

Jeden Monat erscheint eine neue Folge von „Moin Wirtschaft", in der IHKLW-Präsident Andreas Kirschenmann mit Unternehmer*innen, Politiker*innen und Expert*innen über die wichtigen Fragen und Herausforderungen diskutiert – und der regionalen Wirtschaft wertvolle Impulse liefern möchte. Die Themen reichen von Künstlicher Intelligenz, Handel und Stadtentwicklung über Aus- und Weiterbildung, bis hin zu Bürokratieabbau und Sicherheitspolitik.
Wir freuen uns, wenn Sie reinhören und Moin Wirtschaft abonnieren. Überall da, wo es Podcasts gibt. Infos unter www.ihk.de/ihklw/moin-wirtschaft

Titelbild: © Gannvector – shutterstock.com | Porträt Seite 02 oben: © Anne Hufnagl

DEUTSCHE WIRTSCHAFT WARNT VOR ÜBERFORDERUNG DURCH EU-NACHHALTIGKEITSVORGABEN

DIHK-Stellungnahme zum Omnibus-Paket I

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) schlägt in ihrer aktuellen Stellungnahme zu den geplanten Änderungen der EU-Nachhaltigkeitsregulierung Alarm: Unternehmen seien zunehmend überfordert von einer Vielzahl an Berichtspflichten und unkoordinierten Regelungen. Zwar erkenne die Wirtschaft die Bedeutung von Nachhaltigkeit an, doch die bürokratische Ausgestaltung der aktuellen Vorgaben gehe weit an der Praxis vorbei, so der zentrale Tenor.

Kritik an Komplexität und Bürokratie

Insbesondere die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) stehen in der Kritik: Sie seien zu aufwendig, praxisfern und führten zu hohen Kosten. Die DIHK warnt, dass Ressourcen, die eigentlich für konkrete Transformationsmaßnahmen wie den Klimaschutz gebraucht würden, durch Dokumentationspflichten gebunden werden. Auch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) seien durch den sogenannten „Trickle-Down"-Effekt in den Lieferketten mittelbar stark betroffen.

Forderung nach Vereinfachung und Klarheit

Die DIHK fordert einen umfassenden Bürokratieabbau. Die Vielzahl paralleler EU-Vorgaben – etwa aus der Batterieverordnung, aus REACH, der Energieeffizienzrichtlinie (EED) oder der Entwaldungsverordnung (EUDR) – führe zu doppelten und teilweise widersprüchlichen Berichtspflichten. Die DIHK fordert daher eine koordinierte Überarbeitung aller Regelungen, klare Übergangsfristen und ein Moratorium für neue Vorschriften, bis bestehende Pflichten vereinfacht wurden.

Bewertung der Reformvorschläge der EU-Kommission

Zwar begrüßt die DIHK erste Erleichterungen, wie etwa das sogenannte „Omnibus-Paket" mit höheren Schwellenwerten und reduzierten Pflichten, doch sind diese bei Weitem nicht ausreichend. Die geplanten Änderungen an der CSRD – darunter eine spätere Anwendung für kleinere Unternehmen ab 2027 bzw. 2028 – würden in der Praxis kaum Entlastung bringen, da viele Firmen bereits jetzt umfangreiche Vorbereitungen treffen müssten. Für Unternehmen der ersten Berichtswelle fordert die DIHK insbesondere eine Aussetzung von Sanktionen und eine rechtzeitige Verabschiedung der neuen Regeln, um Planungssicherheit zu schaffen.

Kritik auch an der neuen Sorgfaltspflichtenrichtlinie

Auch die geplanten Änderungen an der CSDDD gehen der DIHK nicht weit genug. Zwar würden die Entschärfung der Haftung, Schutzmechanismen für KMU und gestaffelte Umsetzungsfristen positiv bewertet – dennoch bleibe der bürokratische Aufwand hoch und viele Unternehmen wüssten nicht, ob sie betroffen seien. Eine klare Eingrenzung des Anwendungsbereichs und praktikable Übergangsregelungen seien dringend erforderlich.

Fazit: Nachhaltigkeit mit Augenmaß

Die DIHK spricht sich klar für eine realistische und wirtschaftsfreundliche Nachhaltigkeitspolitik aus. Ziel müsse eine praxisnahe, international anschlussfähige und verhältnismäßige Regulierung sein, die Transformation ermöglicht statt verhindert. Die aktuellen EU-Vorschläge seien ein erster Schritt, aber reichten bei weitem nicht aus. Nun sei politischer Wille gefragt, um die Unternehmen in ihrer Rolle als Treiber der nachhaltigen Transformation nicht auszubremsen.

DIE IHKN NIMMT STELLUNG ZUM ÄNDERUNGSENTWURF DES LROP NIEDERSACHSEN

Bedarfsgerechte Verfügbarkeit von Gewerbeflächen gefordert

Die IHK Niedersachsen fordert anlässlich der LROP-Änderung wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen: Flächen für Industrie, Gewerbe und Rohstoffe müssen bedarfsgerecht verfügbar bleiben. Vorranggebiete zur Transformation der Wirtschaft begrüßen wir, mahnen aber praktikable Größen und Schutzwirkung an. Energieversorgung, Logistik und Infrastruktur brauchen vorausschauende Planung – für einen zukunftsfähigen Standort Niedersachsen. Zum Kapitel des Einzelhandels regt die IHKN dringend die Überarbeitung der Arbeitshilfe an.
Die aktuelle Fassung stammt aus dem Jahr 2018 und entspricht nicht mehr dem Stand der Gesetzgebung und Verwaltungspraxis. Die IHK-Organisation bietet hierzu ihre fachliche Mitwirkung an. Weitere Informationen: www.ml.niedersachsen.de

Nachgefragt
zur kommunalen Verpackungssteuer

Herr Pozzi, warum ist das Thema Verpackungssteuer gerade jetzt so aktuell?
Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Januar 2025, das kommunale Verpackungssteuern wie in Tübingen für zulässig erklärt hat. Viele Städte und Kommunen überlegen nun, ähnliche Abgaben einzuführen. Tübingen hatte die örtliche Verbrauchssteuer bereits 2022 eingeführt, jedoch lief zeitgleich eine Klage eines großen Systemgastronomen über mehrere Jahre. Viele Kommunen warteten deshalb ab. Mit dem jüngsten Urteil aus Karlsruhe sehen sich nun einige bestärkt, eine Verpackungssteuer einzuführen.

Welche Einschätzungen können Sie über die vielerorts geführte Diskussion geben?
Zwar wird das Ziel, Verpackungsmüll zu reduzieren, grundsätzlich unterstützt, eine zusätzliche kommunale Steuer ist jedoch der falsche Ansatz. Sie träfe insbesondere Gastronomiebetriebe, den Einzelhandel und die Lebensmittelbranche – Branchen, die ohnehin erheblich unter wirtschaftlichem Druck stehen.

Welche konkreten Nachteile bringt eine solche Steuer mit sich?
Eine kommunale Verpackungssteuer würde erhebliche Wettbewerbsverzerrungen verursachen. Kunden könnten auf Gemeinden ohne Steuer ausweichen, was die lokalen Betriebe schwächt. Zudem würde sie unnötige Bürokratie für Unternehmen und Verwaltung erzeugen. Das Ergebnis wäre ein regulatorischer Flickenteppich, der Innenstädte schwächt, ohne spürbare ökologische Effekte zu erzielen.

Gibt es Hinweise auf eine ökologische Wirksamkeit der Steuer?
Untersuchungen, unter anderem aus Tübingen, belegen erste Zweifel an der tatsächlichen Effektivität. Sinnvoller wären gezielte Förderprogramme für Mehrwegsysteme sowie freiwillige Pilotprojekte, entwickelt in Kooperation mit der Wirtschaft.

Wie fügt sich die Steuer in bestehende gesetzliche Rahmenbedingungen ein?
Die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer würde zu einer Dreifachbelastung führen. Bereits durch das Einwegkunststofffondsgesetz sind Hersteller und Inverkehrbringer von Einwegverpackungen verpflichtet, in einen Fonds einzuzahlen, aus dem Kommunen finanzielle Mittel zur Abfallbeseitigung erhalten. Zudem wird auf europäischer Ebene eine einheitliche Verpackungsregulierung angestrebt, wodurch lokale Sonderregelungen bald überflüssig sein könnten (EU-Verpackungsverordnung). Als dritte Belastung kommen Lizenzentgelte für Serviceverpackungen dazu. Dies führt zu untragbaren Belastungen und kann die Unternehmen in Ihrer Existenz gefährden.

Was sind die praktischen Herausforderungen für Unternehmen?
Beispielsweise wäre ein warm belegtes Brötchen steuerpflichtig, ein kalt belegtes jedoch nicht. Solche Differenzierungen sind schwer verständlich, verursachen erheblichen Verwaltungsaufwand und zusätzliche Kosten – ohne relevanten ökologischen Nutzen. Unternehmen müssten umfangreiche Dokumentationspflichten erfüllen, was von der eigentlichen Geschäftstätigkeit ablenkt.

Was wäre eine bessere Alternative zur kommunalen Verpackungssteuer?
Statt neuer Belastungen sollten positive Anreize im Vordergrund stehen: die Förderung von Mehrwegangeboten, der Ausbau zentraler Rückgabesysteme und gezielte Beratungsangebote für nachhaltige Verpackungslösungen. Kooperation statt Sanktion ist der bessere Weg.

Paul Pozzi
Berater Energie-, Umwelt-, Klima- und Tourismuspolitik

KONTAKT
Telefon: 04131 742-167
paul.pozzi@ihklw.de

„Statt neuer Belastungen sollten positive Anreize im Vordergrund stehen …“

Foto oben: © tonwert21.de/ihklw
Illustration: © GreenSkyStudio – shutterstock.com

IHKLW-SAISONUMFRAGE TOURISMUS IM FRÜHJAHR 2025

Gastgewerbe braucht Entlastung

Als größte Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten sieht das Gastgewerbe die Arbeitskosten mit 78 Prozent, gefolgt von den Kosten für Energie, Rohstoffe und Lebensmittel mit 74 Prozent. Auf den nächsten Plätzen stehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen (53 %) und der Fachkräftemangel (49 %). Das zeigt die halbjährliche IHKLW-Saisonumfrage Tourismus im Frühjahr 2025.

Die im Koalitionsvertrag der neuen Regierungsparteien angesprochene Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf 15 Euro wird in der personalintensiven Tourismusbranche die Arbeitskosten weiter erhöhen. Die IHKLW wertet es als Alarmsignal, dass die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch aus Sicht der Tourismuswirtschaft stets zu den Toprisiken gehören. Diesmal sehen das 53 Prozent der im IHKLW-Bezirk befragten Betriebe des Gastgewerbes so. Jetzt sind die Menschen gefragt, die in Politik und Verwaltung Verantwortung tragen, mehr Verständnis und Wertschätzung für betriebliche Belange zu zeigen: Um den Tourismus nach vorne zu bringen und Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, braucht es jetzt Entlastung bei den Energiekosten durch Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte sowie Bürokratieabbau. Die Unternehmen brauchen mehr Zeit für ihre Gäste und Kunden, also müssen die Nachweis- und Berichtspflichten reduziert werden. Neue Bürokratiemonster wie die kommunale Verpackungssteuer erschweren betriebliche Arbeitsabläufe, binden kostbare Personalressourcen in Gastronomie und Verwaltung und verärgern Kunden und Gäste.

Aktuelle Risiken im Gastgewerbe des IHKLW-Bezirks

- **78 %** Arbeitskosten
- **74 %** Energie-, Lebensmittel- und Rohstoffpreise
- **53 %** Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- **49 %** Fachkräftemangel
- **31 %** Inlandsnachfrage
- **15 %** Finanzierung
- **10 %** Auslandsnachfrage

Konjunkturklimaindex für Gastgewerbe sowie Reisebüros und Reiseveranstalter in Niedersachsen

Der Konjunkturklimaindex des niedersächsischen Gastgewerbes, der die aktuelle Lage und die Aussichten in einem Wert zwischen 0 und 200 zusammenfasst, erhöht sich um rund drei Punkte auf 90,6 Punkte. Er verharrt mit 90,6 Punkten auf dem niedrigen Niveau des Vorjahreswerts in Höhe von 90,2 Punkten. Der kritische Blick in die Zukunft kommt auch in der geringen Investitionsbereitschaft zum Ausdruck. Nur zwölf Prozent geben an, die Investitionen auszuweiten. Jedoch fahren 27 Prozent ihre Investitionen zurück und 30 Prozent der Gastronomiebetriebe investieren gar nicht. Die IHKLW sieht politischen Handlungsbedarf und hofft auf Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Die Reisebüros und -veranstalter bewerten ihre aktuelle Lage zwar insgesamt besser als das Gastgewerbe, der Klimaindex des Reisegewerbes hat sich jedoch seit Herbst 2023 stetig abschwächt und erreicht nun einen Wert von 101,2 Punkten.

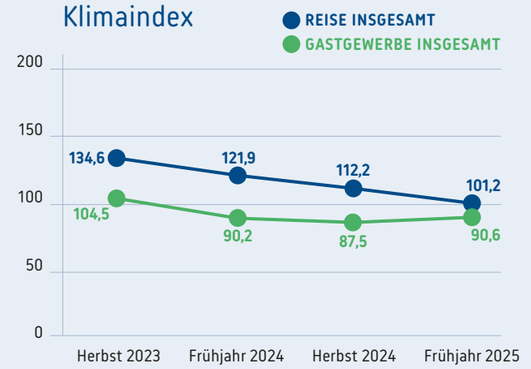

Illustration: © ozyero – shutterstock.com

GUTE STANDORTBEDINGUNGEN GEFRAGT

Mehr Anreize für private Investitionen

In den vierteljährlich durchgeführten IHK-Konjunkturumfragen nennen die befragten Unternehmen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die Bürokratielasten stets als Toprisiko.

Die Unternehmen wünschen sich von Politik und Verwaltung mehr Verständnis für betriebliche Angelegenheiten und mehr Freiraum für Unternehmertum. Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der im März und April befragten Betriebe in Nordostniedersachsen sehen in den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Risiko für die kommenden zwölf Monate. Zurzeit beabsichtigen sogar 35 Prozent der befragten Unternehmen eine Kürzung ihrer Investitionsbudgets. Eine Ausweitung von Investitionen planen demgegenüber nur 20 Prozent der Unternehmen, vorwiegend für die Beschaffung von Ersatzbedarfen und Rationalisierungsmaßnahmen.

Investitionen in Kapazitätserweiterungen und Produktinnovationen, die einen wirtschaftlichen Aufschwung versprechen, stehen für die regionalen Unternehmen derzeit nicht im Vordergrund. Dabei ist der Investitionsbedarf grundsätzlich ausgesprochen hoch, denn ohne umfassende Investitionen werden die Herausforderungen der Digitalisierung oder der Transformation zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz kaum zu bewältigen sein. Insofern muss die anhaltende Investitionsschwäche der heimischen Wirtschaft nachdenklich stimmen.

Auch die zu Beginn des Jahres 2025 von unserer IHKLW durchgeführte Standortumfrage zeigt Handlungsbedarf. Auffällig ist, dass die Zufriedenheitswerte in fast allen Bereichen im Vergleich zur letzten Umfrage im Jahr 2020 gesunken sind. Besonders kritisch bewertet die regionale Wirtschaft die steigenden Bürokratiefolgekosten sowie die langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren – sowohl auf örtlicher als auch auf überregionaler Ebene. Nur jeder zehnte Betrieb ist mit dem Tempo örtlicher Bau-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zufrieden. Nur 17 Prozent der Unternehmen empfinden sich von Politik und Verwaltung zufriedenstellend verstanden und wertgeschätzt, wenn es um ihre betrieblichen Angelegenheiten geht. Dabei gibt es im IHKLW-Bezirk deutliche regionale Unterschiede. Während sich im Landkreis Celle nur 14 Prozent der Betriebe zufriedenstellend verstanden fühlen, sind es in der Stadt Wolfsburg immerhin 26 Prozent. Die Ergebnisse der aktuellen Standortumfrage unterstreichen, dass auch die Menschen in unserer Region, die in Politik und Verwaltung Verantwortung tragen, gefordert sind, die Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg, Wachstum und Wohlstand wirtschaftsfreundlicher zu gestalten, damit wieder mehr investiert wird. Denn: Die Rahmenbedingungen in unserer Region haben sich in den vergangenen fünf Jahren verschlechtert, anstatt sich zu verbessern.

Besonders kritisch bewertet die regionale Wirtschaft die steigenden Bürokratiefolgekosten sowie die langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Illustration: © Gannvector – shutterstock.com

BETEILIGUNG, TRANSPARENZ UND VERLÄSSLICHKEIT

IHKLW-Resolution „Gute Politik“ formuliert Ziele und Erwartungen

Deutschland steht vor zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen. Globale Handelskonflikte, das Abschwächen der chinesischen Wirtschaft und neue geopolitische Risiken erfordern hohe Investitionen in Sicherheit, Infrastruktur und staatliche Modernisierung.

Gleichzeitig schwächt eine überbordende Bürokratie zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Die politische Reaktion auf diese Lage muss darin bestehen, den Staat auf seine Kernaufgaben zu fokussieren, bestmögliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen und Bürokratielasten gezielt zu reduzieren. Die derzeitige Ausgestaltung von Regulierung und Verwaltung führt zu unverhältnismäßigen Berichtspflichten, dokumentarischem Aufwand und Planungsverzögerungen – sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere, stoßen dadurch an organisatorische und wirtschaftliche Grenzen.

Die regionale Wirtschaft fordert eine neue Qualität in der politischen Gestaltung und formuliert konkrete Leitlinien für eine „Gute Politik“:

1 Fokus auf Kernaufgaben des Staates

Staatliche Aktivitäten sollen sich auf zentrale Aufgaben wie Bildung, Infrastruktur und Sicherheit konzentrieren. Eine effiziente Verwaltung, schnelle Verfahren und weniger Bürokratie schaffen die Basis für wirtschaftliche Stärke.

2 Vertrauen in die Unternehmen

Die Politik muss unternehmerisches Handeln ermöglichen, statt es durch Misstrauen und Überregulierung zu behindern. Weniger Nachweispflichten schaffen Raum für Innovation.

3 Planbarkeit von Politik

Unternehmen brauchen Grundsatzentscheidungen über Legislaturperioden hinaus. Politik muss nachvollziehbar, planbar und investitionsfreundlich agieren.

4 Lernende Politik

Politische Entscheidungen sollten flexibel auf Veränderungen reagieren und regelmäßig überprüft werden. Effizienz, Transparenz und Kommunikation sind zentrale Elemente.

5 Bessere Beteiligung

Gesetzgebung muss praxistauglich und verständlich sein. Wirtschaft und Verbände sollten frühzeitig eingebunden, bestehende Regeln regelmäßig überprüft und entlastende Mechanismen wie Reallabore genutzt werden.

6 Bessere Umsetzung

Klare Sprache, angemessene Fristen und digitale Verfahren erleichtern die Anwendung neuer Regelungen. Automatisierte Prozesse und behördeninterner Datenaustausch entlasten Unternehmen deutlich und sollten selbstverständlich sein.

7 Einfache Politik

EU-Vorgaben dürfen nicht durch zusätzliche nationale Anforderungen verschärft werden. Eine einheitliche Umsetzung sichert faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt.

Für eine zukunftsfähige Wirtschafts- und Standortpolitik ist ein gemeinsames Verständnis von guter Politik notwendig: weniger Bürokratie, mehr Vertrauen, faire Wettbewerbsbedingungen und dialogorientiertes Handeln. Nur so kann Deutschland langfristig wirtschaftlichen Erfolg, Innovation und Wohlstand sichern.

Alle weiteren Informationen zu der Resolution „Gute Politik“ finden Sie hier: Vertrauen schenken und Wachstum schaffen – IHK Lüneburg-Wolfsburg

IHKLW im Dialog

In verschiedenen Veranstaltungs- und Dialogformaten tritt unsere IHKLW für die Interessen der regionalen Wirtschaft ein.

24. Juni 2025

GedankenGut – der Talk
Frohes Schaffen mit Hans Rusinek
18–21 Uhr | Stadtpalais Celle
www.gedankengut.ihklw.de

IHKLW-Netzwerke
Gute Netzwerke sind ein entscheidender Faktor für Ihren Erfolg! Deshalb bringen wir Unternehmen der Region zusammen. In unseren Netzwerken erwarten Sie Impulse und Wissen, Austausch auf Augenhöhe und Kontakte mit Mehrwert. Melden Sie sich hier an!

MEHR INFOS UND TERMINE UNTER
ihklw.de

Foto: © THINK A – shutterstock.com

DIE GUTE NACHRICHT

Fördermittel für nachhaltige Mobilität in Lüneburg bewilligt

Die niedersächsische Landesregierung hat im Rahmen ihres Programms zur Förderung klimafreundlicher Städte dem Landkreis Lüneburg 12 Millionen Euro für den Ausbau nachhaltiger Mobilitätsangebote zugesagt. Geplant sind unter anderem eine verbesserte Anbindung des ländlichen Raums an den öffentlichen Nahverkehr sowie der Aufbau eines E-Carsharing-Systems in Kooperation mit lokalen Energieversorgern. Die Umsetzung soll ab Herbst 2025 starten.

IHKLW-Politiknews abonnieren

Um künftige Ausgaben automatisch zu erhalten, abonnieren Sie die IHKLW-Politiknews hier:
ihk-lueneburg.de/abo

Impressum | Leserservice

IHKLW-POLITIKNEWS
Der Newsletter für Politik und Verwaltung
18. Ausgabe **Sommer 2025**

ABO BESTELLEN
ihk-lueneburg.de/abo
> IHKLW-Politiknews

HERAUSGEBER
IHK Lüneburg-Wolfsburg
Am Sande 1, 21335 Lüneburg
Telefon 04131 742-0
E-Mail politiknews@ihklw.de

VERANTWORTLICH
Inhaltlich Verantwortlicher für redaktionelle Inhalte gemäß § 55 Abs. 2 RStV:
Hauptgeschäftsführer Michael Zeinert

REDAKTION
Medina Gaidus
medina.gaidus@ihklw.de
Telefon 04131 742-147
E-Mail politiknews@ihklw.de

IHKLW
Politiknews

Besuchen Sie uns:
facebook.com/ihklw
linkedin.com/company/ihk-lueneburg

IHK LÜNEBURG WOLFSBURG